



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.735.031

Wien, am 12. Dezember 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Nurten Yilmaz, Kolleginnen und Kollegen haben am 12. Oktober 2022 unter der Nr. **12636/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „fehlende Mobilität für Personen in der Grundversorgung“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 3 und 7:

- *Laufen derzeit Verhandlungen zwischen Bund und Ländern hinsichtlich der Einführung von kostenloser/verbilligter öffentlicher Mobilität im Rahmen der Grundversorgung?*
 - a. *Wenn ja, an welchem Stand befinden sich die Verhandlungen?*
 - b. *Wenn ja, mit welchen Bundesländern werden diesbezüglich Gespräche geführt?*
 - c. *Wenn ja, betreffen diese Verhandlungen Personen mit Vertriebenen-Status oder alle Personen in der Grundversorgung?*
 - d. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Sind kostenlose/verbilligte Transportmöglichkeiten für Personen in der Grundversorgung geplant?*
 - a. *Wenn ja, wann ist mit der Umsetzung zu rechnen?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

- *Siehen Sie in Verhandlung mit dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, um eine kostengünstigere Lösung im Rahmen des Klimatickets zu finden?*
 - a. *Wenn ja: Wie ist der Stand der Verhandlungen?*
 - b. *Wenn ja: Wie hoch ist die geschätzte Einsparung durch dieses Modell?*
 - c. *Wenn nein: Warum nicht?*

Die Leistungen der Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde sind abschließend in Art. 6 der Grundversorgungsvereinbarung (GVV) gem. Art. 15a B-VG angeführt und umfassen insbesondere neben der Übernahme von Transportkosten bei Überstellungen und behördlichen Ladungen auch die für den Schulbesuch erforderlichen Fahrtkosten.

Betreffend die Themenstellung zur Mobilität von Vertriebenen findet ein laufender Austausch zwischen dem Herrn Flüchtlingskoordinator und den zuständigen Stakeholdern, wie beispielsweise den Verkehrsverbünden, statt.

Die Erarbeitung alternativer Lösungen wie etwa im Rahmen des Klimatickets fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Darüber hinaus unterliegen Meinungen und Einschätzungen nicht dem parlamentarischen Interpellationsrecht.

Zur Frage 2:

- *Wie viele Personen beschäftigten sich derzeit mit der Thematik kostenloser/verbilligter öffentlicher Mobilität im Rahmen der Grundversorgung in Ihrem Kabinett?*

Thematiken, welche die Grundversorgung betreffen, fallen in den Bereich Asyl und Migration der dafür zuständigen Referentin in meinem Kabinett.

Zur Frage 4:

- *Wie hoch waren die in den letzten Jahren (2015 bis 2021, erstes Halbjahr 2022) die Fahrtkosten, die im Rahmen der Grundversorgung von ihrem Ministerium übernommen worden? Wir bitten um genaue Aufschlüsselung nach Aufenthaltstiteln, Bundesländern und dem jeweiligen Jahr.*

Die im Zuge der Grundversorgungsabrechnung zu entnehmenden Transportkosten für die Jahre 2015 bis erstes Halbjahr 2022 gliedern sich wie folgt:

Jahr	Kosten/Jahr in EUR
2015	2.327.222,03
2016	5.179.199,38
2017	2.247.107,87
2018	1.681.830,86
2019	1.179.039,68
2020	1.955.803,01
2021	2.648.656,53
1 Halbjahr 2022	2.148.850,37

Darüber hinausgehende Statistiken werden nicht geführt.

Zu den Fragen 5, 6 und 8:

- *Wie hoch waren die Ausgaben Ihres Ressorts für Fahrtkosten in den in Frage 4 erwähnten Zeiträumen durchschnittlich pro Person in der Grundversorgung?*
- *Wie hoch wären die zusätzlichen Ausgaben, die im Falle von kostenlosen Monatskarten für alle Personen in Grundversorgung entstehen würden? Wir bitten um genaue Aufschlüsselung nach Aufenthaltstiteln.*
- *Wie hoch sind die Ausgaben Ihres Ressorts, die durch die Einzelabrechnung von Fahrscheinen für Behördengänge und Ärzt*innenbesuche in den drei Jahren 2015 bis 2021 bzw. im ersten Halbjahr 2022 entstanden sind? Wir bitten um genaue Aufschlüsselung nach Aufenthaltstiteln und Bundesländern.*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Darüber hinaus unterliegen Meinungen und Einschätzungen nicht dem parlamentarischen Interpellationsrecht.

Gerhard Karner

